



Unsere Karte zeigt das Gebiet am linken Niederrhein, in dem Steinsalz abgebaut wurde und wird. Blau die Tätigkeitsfelder der Solvay (1926-2002), rot die genehmigten Betriebsfelder von Esco (zum Teil im Abbau). Als Folge senkt sich dort die Erde – bis zur rot markierten Nulllinie.

Land runter

Seit mehr als 80 Jahren wird Salz abgebaut – mit Folgeschäden über Tage. Eine Initiative kämpft für betroffene Bürger, bei schwieriger Beweislage

Von Ingo Plaschke

SERIE (3/4)

Salz am Niederrhein

Teil 1: Entstehung (12. Dezember)
Teil 2: Abbau (13. Dezember)
Teil 3: Probleme (19. Dezember)
Teil 4: Lösungen (20. Dezember)

Am Niederrhein. Jedes Jahr erscheint eine neue Ausgabe des Dudens. Alte Ausdrücke fallen raus, neue Wörter rutschen rein. 1973 schaffte es erstmals und seither immer wieder, die Bürgerinitiative.

Ein Zusammenschluss mit dem Ziel, bestimmte Probleme, die der Staat nicht im Sinne der Bürger löst, durch Aktionen ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken und dadurch Druck auf behördliche Stellen auszuüben.

Spätestens damals ist diese Form der politischen Mitbestimmung in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Man darf also davon ausgehen, dass der Abend im November 2015 in der Gaststätte Van Gelder im linksrheinischen Wesel-Büderich kein Treffen von Spinnern und Störenfriedern war – als sich die Bürgerinitiative der Salzbergbaugeschädigten NRW gründete.

Es waren rund 250 Menschen vor Ort und sauer darüber, wie Schäden im Abbaugbiet begutachtet und reguliert wurden; manche sind es bis heute.

Mittlerweile ist die BI ein eingetragener Verein, hat mehr als 1000 Mitglieder.



der und sieht sich auf Augenhöhe mit der anderen Seite. Mit der Firma Esco, die bis 2025 Salz abbauen will, mindestens. Und mit Cavity, zugehörig zu Solvay, jenem Unternehmen, das knapp 80 Jahre lang Salz abgebaut hat.

Der Runde Tisch im April dieses Jahres war ein BI-Erfolg. Erstmals saßen Vertreter der Salzbergbaugeschädigten Bürger mit Salzbergbaubetriebenden Firmen zusammen; dazwischen Behörden, Politik und Verwaltung. Es scheint ein vernünftiger Weg zu sein, um zu Lösungen im Streit über die Folgen des Salzabbaues zu kommen. Denn im Einzelfall ist solch ein Kampf meist ein Klassiker: Bürger-Davids gegen Firmen-Goliaths, zumindest finanziell.

Das Verhältnis zu Esco sieht der BI-Vorsitzende als „offen und konstruktiv“ an. Neulich erst war man im Bergwerk unter Tage und wurde über den Abbau unter der Bislicher Insel informiert. Freilich: Die gewünschte Verlängerung des Rahmenbetriebsplanes bis 2050 ohne eine vorherige Umweltverträglichkeitsprüfung sieht die BI mehr als skeptisch. Letztlich wird darüber die Bezirksregierung Arnsberg, bei der die Abteilung Bergbau und Energie in NRW angesiedelt ist, entscheiden.

Die Beziehung zu Cavity beschreibt Torsten Schäfer als „nicht einfach“, fügt aber ausdrücklich hinzu: „Mittlerweile reden wir

Torsten Schäfer, Vorsitzender BI Salzbergbaugeschädigte

sachlich miteinander.“ Ein Fortschritt, denn: Die beidseitig verbal gerissene Wunden sind ähnlich tief wie unzählige Risse in Bauernhöfen, Eigenheimen und Kirchen in Ortsteilen von Alpen, Rheinberg, Wesel und Xanten lang sind.

Ob es sich dabei immer um Bergschäden handelt, oder um Bauschäden aus nicht-bergbaubedingten Gründen, ist hier die entscheidende Frage. Es geht, natürlich, ums Geld. Mal um 2000 Euro, mal um 7000 Euro, in Ausnahmefällen auch um 50.000 Euro. Einer muss die Zeche zahlen, es gilt das Verursacherprinzip – mit zum Teil sehr komplizierter Beweislage.

Blick auf das Bundesbergrecht

Bei der Anerkennung von Bergschäden geht es vor allem um Altfälle, Folgen des Bergbaus aus den Jahren 1926 bis 2002. Während dieser Zeit holte allein Solvay das Steinsalz über Tage. Seitdem begann der Boden sich zu senken. Nicht so abrupt und stark wie in Gebieten des Steinkohlenbergbaus, sondern sehr viel langsamer und großflächiger.

Die größten Senkungen treten in den ersten Jahrzehnten nach dem Abbau auf, bis heute bis zu 80 Prozent, bis jetzt um maximal circa 4,5 Meter, ist auf der Internetseite von Cavity zu lesen. Und weiter heißt es dort: Danach senkt sich die Erdoberfläche in den meisten Abbaufeldern noch um maximal etwa zwei Zentimeter pro Jahr. Hinzu zufügen ist: nochmals über mehrere Jahrzehnte hinweg.

Etwa 600 mögliche Folgeschäden wurden Cavity bis heute gemeldet. Knapp 50 Prozent davon wurden als bergbaubedingt eingestuft. Diese übernahm Cavity.



Ein Bau- oder Bergschaden? Das ist hier die Frage. FOTO: MARKUS WEISSENFELS

Dazu muss man wissen: Jeder Schaden wird durch einen Sachverständigen begutachtet – den Cavity bestellt und bezahlt. „Wie unabhängig ist er?“, fragt Torsten Schäfer – bei mehr als der Hälfte abgelehnter Schadensmeldungen. Daher eine zentrale Forderung der Bürgerinitiative: die Einsetzung einer Schlichtungsstelle, wie es eine im Steinkohlenbergbau gibt. Cavity (auch Esco) lehnt dies ab. Verweist unter anderem auf objektive Daten und externe, öffentlich bestellte Sachverständige. Ein unversöhnlicher Zustand.

Üblicherweise einer, den Politiker in Parlamenten, sprich Volksvertreter, versuchen können zu ändern. Genauso übrigens wie das Bundesbergrecht: Die dortigen Verjährungsfristen für Bergbauschäden entsprechen nur unzureichend der Höchstdauer der zu erwartenden Bodensenkungen: 30 Jahre gegenüber 200 Jahren. Auch das ein Problem, so die Bürgerinitiative, das der Staat bisher nicht im Sinne der Betroffenen gelöst hat.

ÜBER DIE BÜRGERINITIATIVE SALZBERGBAUGESCHÄDIGTE NRW

Die Bürgerinitiative der Salzbergbaugeschädigten NRW hat nach eigenen Angaben momentan 1050 Mitglieder. Der Beitritt ist kostenlos. Der eingetragene Verein mit Sitz in Wesel-Büderich gilt als gemeinnützig und finanziert sich durch freiwillige Leis-

tungen und über Spenden. Eine von sechs Kernforderungen ist auch ein verbesserter Hochwasserschutz für den Niederrhein, weil das Land immer tiefer sinkt. Mehr Infos dazu gibt es im Internet: www.salzbergbaugeschae-digte.de.